

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Kein Gewerbegebiet auf dem Flugfeld Baisingen

Schutz von Natur und Artenvielfalt – soziale Frage unseres Jahrhunderts

Vor kurzem hat die UNO einen dramatischen Bericht (IBPES-Studie) über das globale Artensterben vorgelegt: Eine Million Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben akut bedroht, wenn es keine grundlegenden Änderungen bei der Bodennutzung, beim Umweltschutz und bei der Luftverschmutzung gibt.

85 Prozent der Feuchtgebiete sind schon zerstört, fast zehn Prozent der Nutztierassen, 23 Prozent der Landfläche sind so heruntergewirtschaftet, dass sie nicht mehr genutzt werden können. Die skrupellose Zerstörung der Natur hat auch soziale Folgen: Die Armen der Welt werden in ufernahen Gebieten als erste von Sturmfluten bedroht, ihre Hütten weggeschwemmt. Durch das Sterben von Bestäuberinsekten (nicht nur Bienen!) wird die Produktion unserer Nahrungsmittel in Höhe von 577 Milliarden Dollar pro Jahr gefährdet – die Lebensmittelpreise steigen drastisch und lösen unter Armen Hungersnöte aus.

Durch die Zerstörung von Küstengebieten und Mangrovenwäldern werden 300 Mio. Menschen gefährdet. Dies ist eine zentrale Ursache für die Flucht in die Industrieländer! Deshalb forderte

Eberhard Brandes, WWF-Vorstand Deutschland (World Wildlife Fund), den Irrglauben „vom ewigen und alternativen Wirtschaftswachstum ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Natur“ zu beenden: „Wir müssen schleunigst beginnen, in den natürlichen Grenzen der Erde zu wirtschaften.“ Und hinzuzufügen ist: Umweltzerstörung beginnt vor unserer Haustüre.

Keine Bebauung des Flugfeldes

Wechsel des Schauplatzes, nicht des Problems! Am 1. Mai haben das Aktionsbündnis „Nachhaltigkeit in Rottenburg und den Teilorten“ sowie der NABU (Naturschutzbund Deutschland) die Bevölkerung von Ergenzingen, Eutingen und Baisingen über die Absichten der Stadt informiert, 44 Hektar auf dem Flugfeld platt zu machen. Es dient Zugvögeln als Rastplatz und derzeit zwanzig Feldlerchen-Paaren als

Brutstätte, wie Siegfried Wollwinder-Schiller und Norbert Ziegeler den vielen Familien sachkundig erklärten. Der

NABU hat die Feldlerche zum Vogel des Jahres 2019 ausgerufen. Am kalten Wind merkten die Spaziergänger, wie wichtig das Gelände als Frischluftschneise für Ergenzingen ist. Wird das abschüssige Gelände mit

Fabrikgebäuden versiegelt, wächst die Hochwassergefahr für Ergenzingen. Die DHL will ihre Bebauung vergrößern. Schon jetzt wird sie von über 400 LKWs täglich angefahren. Die Anwohner können wegen der Lärms nachts nicht mehr schlafen. Dieses wunderschöne Gelände brauchen die verkehrsgeplagten Umlandgemeinden zur Erholung. Ursprünglich wurde die Landebahn von den Nazis für Jagdflieger erbaut, dann von den Alliierten bombardiert. Die ehemaligen Trichter auf der alten Landebahn sind bis heute nicht auf Altlasten untersucht – eine tickende Zeitbombe? >>>



Lesen Sie weiter: **25 Jahre Stuttgart 21** Seite 3

Der Ortsvorsteher - nebenamtlich oder hauptamtlich? Seite 4

„Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran ...“ Seite 5

Erneute Erhöhung der Kita-Gebühren Seite 7

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Stadt verweigert Auskünfte

Vor den Gemeinderatswahlen am 26. Mai verweigert das Bürgermeistertrio jegliche Informationen, wie weit die Pläne für das interkommunale Gewerbegebiet mit Eutingen gediehen sind und warum es überhaupt benötigt wird. Insgesamt geht es um 70 Hektar Natur, die dort versiegelt werden sollen - Natur, die Vögel und Insekten dringend brauchen. Von ihrer Bestäubung der Pflanzen hängt unsere Produktion von Lebensmitteln ab.

Dieser Zusammenhang zeigte sich schon beim Widerstand gegen die Bebauung des Galgenfeldes, wo Lebensmittel für unsere lokalen Märkte und Viehfutter für die Bauern produziert werden. Doch die Stadt hat nichts aus dem Bürgerentscheid gelernt: Während der städtische Wirtschaftsförderer Andreas Lanio von fünf Hektar Bedarf an Gewerbefläche für die Kernstadt spricht, will die Stadt mit dem Oberen

Feld 13 Hektar Gewerbefläche ausweisen. Hinzu kommt der dreispurige Ausbau der B 28, der noch mehr Verkehr anziehen wird. Auch beim Kunstrasen bleibt die Stadt bei ihren teuren Plänen. Angeblich kann Kunstrasen das ganze Jahr genutzt werden, aber nicht den ganzen Tag: Wenn es wie im letzten Sommer zu heiß wird, wird das Plastik heiß und der Rasen kann nicht genutzt werden!

Global denken – lokal handeln!

Nach diesem international anerkannten Grundsatz handelt **DIE LINKE** als einzige Liste konsequent in Rottenburgs Gemeinderat und tritt für ein grundsätzliches Umdenken in der Umweltfrage ein.

Es reicht uns nicht, Radschnellwege auszuweisen und Fahrradständer zu überdachen. Wir müssen unsere Tier- und Pflanzenarten vor Ort schützen und den Flächenfraß stoppen: Unsere Naturböden dienen Tieren

als Rückzugsgebiete, sind wichtige Wasserspeicher und dienen zur Erholung.

Bereits am 1. Mai haben die Aktiven am Flugfeld in kurzer Zeit über 200 Unterschriften gesammelt. Gratulation für das tolle Ergebnis! **DIE LINKE** unterstützt diese Aktivitäten und wird für Solidarität in der Gesamtstadt eintreten:

Der Erhalt des Flugfeldes Baisingen ist genauso wie das Galgenfeld in Kiebingen im Interesse aller Einwohner Rottenburgs. Es ist unser Beitrag zum Schutz der Umwelt gegen rücksichtslose Profitinteressen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

DIE LINKE.

Liste 6



Klare Kante
für
Demokratie,
Soziales und
Umwelt!

Wahl ohne Qual! -
Alle 32 Stimmen für
Liste 6!

Liste 6

Ein starkes Team
für Rottenburg!

Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt!

25 Jahre Stuttgart 21

Kaum zu glauben, Stuttgart 21 ist schon 25 Jahre alt, obgleich die Vorbereitungen zu diesem Wahnsinnsprojekt noch weiter zurückliegen. In diesen 25 Jahren ist viel passiert und so manches vielleicht schon wieder in Vergessenheit geraten. Nachfolgend wollen wir einen Blick zurück auf die Anfänge werfen.

Am 19. April 1994 schrieb die Stuttgarter Zeitung:

„Bahn will Stuttgart untertunneln – Ideenskizze für neuen Hauptbahnhof – Finanzierung durch Verkauf des bisherigen Betriebsgeländes – Der Stuttgarter Hauptbahnhof soll unter der Erde verschwinden“.

Anlass war jene legendäre Pressekonferenz, in der der damalige Bahnchef Heinz Dürr gemeinsam mit Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann, Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel, Landesverkehrsminister Hermann Schaufler und dem Stuttgarter OB Manfred Rommel – fünf Schwaben mit CDU-Parteibuch – den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof als „Jahrhundertchance“ priesen.

Diese Herren sprühten geradezu vor Begeisterung, als sie bei einem Rundflug von oben sahen, welche riesigen Flächengewinne möglich waren, wenn endlich das ganze „Gleis-Glump“ verschwinden würde. Bei diesem „Projekt der Superlative“ sollte der bisherige Kopfbahnhof mit 16 Gleisen durch einen um 90 Grad gedrehten Durchgangsbahnhof mit acht Gleisen ersetzt werden, das freiwerdende Gleisvorfeld sollte veräußert und überbaut werden. Es war von einer „Riesenchance für ein neues Stuttgart“, einem „großartigen Projekt, dessen Perspektive weit über die Grenzen dieses Jahrhunderts hinausragt“, einem „Modell für viele andere Städte“ und einem „einzigartigen Konjunkturprogramm“ die Rede.

Fachleute rechneten damals mit Realisierungskosten von etwa zwei Milliarden D-Mark (950 Millionen Euro). Es hieß, dass damit „alle Risiken ausgeschlossen seien“, nämlich die der Baukosten und die des Kreditmarktes. Eine Fehleinschätzung, wie sich später herausstellen sollte. Eine Machbarkeitsstudie sollte bis Jahresende offene

Fragen klären und bereits am 07.11.1995 schlossen Bund, Land, Stadt, Regionalverband und Deutsche Bahn eine Rahmenvereinbarung zur Entwicklung und Förderung des Projekts.

Stuttgart 21 war nie Teil des Bundesverkehrswegeplans, sondern ein



„eigenwirtschaftliches Projekt“ der Bahn. Das heißt: Gewinne machen – oder es bleiben lassen. Doch obwohl S21 von Anfang an unwirtschaftlich war, sorgten die Projektpartner aus Land, Stadt und Region letztendlich dafür, die Bahn in vorauseilender Finanzierungsbereitschaft zum Bauen zu drängen.

Die Resultate aus so viel Vollmundigkeit sind bekannt. Die Liste der Mängel und Unzulänglichkeiten ist so groß, dass man ein Buch darüber hätte schreiben können. Darunter fallen Stadtzerstörung, Leistungsunfähigkeit, Bahnsteig-Gefälle, Kostenexplosion, Brandschutz, um nur einige Beispiele zu nennen. Der kritische Verkehrsexperte und Publizist Winfried Wolf hat versucht, zumindest die wichtigsten Punkte in seinem Buch „*abgrundtief + bodenlos – Stuttgart 21 und sein absehbares Scheitern*“ zusammenzufassen. Auch in anderen Städten gab es Planungen ähnlicher Projekte, so in Frankfurt/Main, München und sogar in London, die aber allesamt wieder verworfen wurden.

Bei Stuttgart 21 handelte sich also in erster Linie nicht um ein Bahnprojekt, sondern um ein politisch gewolltes Immobilienprojekt, ein Prestigeprojekt von geltungssüchtigen Politikern, Lobbyisten und Immobilienhaien. Zu den Politikern, die S21 zunächst vehement bekämpft haben und dann umgefallen sind, gehören vor allem MP Winfried Kretschmann und der Tübinger OB Boris Palmer. Als im Sommer 2010 der Bahnhofs-Nordflügel abgerissen und der Schlossgarten zerstört wurde, kochte der Widerstand so richtig hoch, es kam zu Demos mit mehr als 100.000

Teilnehmern. Am 30.09.2010 folgte der „Schwarze Donnerstag“ mit dem furchtbaren Polizeieinsatz und zahlreichen Verletzten, der bis heute noch nicht aufgearbeitet ist. Ein Jahr später kam es zu der dubiosen „Volksabstimmung“, nachdem die Wähler belogen und betrogen wurden. Sie diente als Legitimation für den Weiterbau, obwohl nur über die Projektfinanzierung abgestimmt wurde. Kriminelle Machenschaften gab es bis in höchste politische Kreise der Bundesregierung.

Die Tatsache, dass S21 eine milliardenschwere Fehlentscheidung war, wurde sogar von Bahnchef Lutz und seinem Vorgänger Grube erkannt, denn „mit dem Wissen von heute würde man S21 nicht mehr bauen“. Die Behauptungen um das angeblich „bestgeplante Bahnprojekt aller Zeiten“ fallen spätestens jetzt wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Aber trotz des immensen angerichteten Schadens ist es noch nicht zu spät, S21 zu beenden, was das einzig Vernünftige angesichts der massiven Planungsmängel, der vielen Bauprobleme und der exorbitanten Kosten wäre. Dazu bedarf es nur ein bisschen Mut. Als Alternative wurde das Konzept „Umstieg 21“ entwickelt, bei dem unter Einbeziehung der vorhandenen S21-Baustellen der Stuttgarter Hauptbahnhof in einen zukunftsfähigen Verkehrsknoten umgestaltet wird.

Solche Ideen stoßen bei den Befürwortern aber auf taube Ohren, ihr immer wiederkehrender Refrain lautet: „Egal wie schlimm, auf jeden Fall weitermachen, für einen Abbruch ist es ohnehin zu spät.“ Selbst Grünen-Politiker wie der Verkehrsexperte Gastel sieht zwar in dem politisch um jeden Preis gewollten Tunnelprojekt ein Milliarden-desaster, vertritt allerdings die Kretschmann-Linie: „Der Blick auf diese traurigen Realitäten macht deutlich, dass ein Ausstieg nicht realistisch ist“. Wir aber halten einen Ausstieg für sinnvoll und machbar, ebenso wie die Umsetzung des Projekts „Umstieg 21“, weshalb wir auch weiterhin

O BEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Der Ortsvorsteher - nebenamtlich oder hauptamtlich?

Gastbeitrag von Renate Holzmann

Warum fordern die „Bürger für Ergenzingen“ (BfE) seit 20 Jahren einen hauptamtlichen Ortsvorsteher?

Der hauptamtliche OV gehört keiner Fraktion an. Das heißt, bei den Sitzungen der Fraktion kann er beide informieren oder auch nicht - je nach Einladung. Der ehrenamtliche OV in Ergenzingen ist nur bei den CDU- Fraktionssitzungen. Somit hat eine Gruppe logischerweise immer einen Wissensvorsprung. Die Gleichheit ist nicht gewahrt.

Nächstes Argument: der ehrenamtliche OV ist "doch einer von uns und kann für uns mehr erreichen als ein fremder Hauptamtlicher, der dazu noch weisungsgebunden ist". In Ergenzingen waren bisher alle Ortsvorsteher von der CDU, die somit parteilich ebenfalls an die Rottenburger Verwaltung weisungsgebunden sind.

"Einer von uns", eine zu enge Verbandelung und Verwandtschaftung im Dorf kann auch von großem Nachteil sein. Manche werden eher protegiert andere wiederum beklagen, dass sie zu wenig gehört werden. In den Ortschaftsratsitzungen hat der Hauptamtliche kein Stimmrecht. Er muss die Fraktionen überzeugen, denn nur die Fraktionen, und

das sind alles "Leute von uns", entscheiden. Der ehrenamtliche OV entscheidet mit und hat somit als Leiter der Sitzung eine unvergleichlich höhere Macht.



Ergenzingen kann für die Zukunft nicht mehr ehrenamtlich ohne Verwaltungskompetenz geführt werden. Mangelnde Fachkenntnis oder ein fehlender Überblick können fatale Auswirkungen haben. Der Wunsch nach einem verwaltungskompetenten Ortsvorsteher richtet sich nicht gegen Personen, sondern ist allein der Tatsache geschuldet, dass sich die Zeiten ändern und wir nicht stehen bleiben dürfen. Die rasante Entwicklung des Stadtteils Ergenzingen hin zu einer Gemeinde mit 5000 Einwohnern und einem enormen Arbeitsplatzangebot in den Gewerbegebieten erfordert mehr Sach- und Fachkompetenz vom OV als es ein Ehrenamtlicher zu leisten vermag.

Das Interview mit dem ehemaligen hauptamtlichen OV von Nabern, Ortsteil von Kirchheim unter Teck, Herrn Ferdinand Truffner gibt genaueren Einblick in die Arbeitsweise eines Hauptamtlichen Ortsvorstehers.

<https://www.buerger-fuer-ergenzingen.de/hauptamtl-ov-interview/>

Steuerschätzungen – eine politische Schmierkomödie CDU, FDP und Wirtschaft starten Angriff auf soziale Forderungen

„Bundesweit brechen die Steuereinnahmen ein, nicht aber in Tübingen.“ So lobt OB Palmer seine Haushaltsplanung und die „bärenstarke Tübinger Wirtschaft“. Hurra! Wenn es wenigstens stimmen würde!

Zweimal im Jahr (Mai und November) tritt der Arbeitskreis Steuerschätzung zusammen und gibt aufgrund der Wirtschaftsentwicklung eine Prognose über künftige Steuereinnahmen des Staates ab (Bundes-, Landes- und Gemeindehaushalte). Dieses Mal hat er sich kräftig vertan! Seine Schätzung vom November 2018 war viel zu hoch und musste wegen der nachlassenden Konjunktur kräftig korrigiert werden. Aber „Bild“ und andere machen daraus ein Milliardenloch“.

Doch nicht die Steuereinnahmen brechen ein, sondern die Bundesregierung mit ihren viel zu positiven Annahmen ist blamiert. Tatsache ist, dass allein die Gemeinden bis 2023 17,8 Mrd. Euro mehr einnehmen, der Bund 36 Mrd. mehr. Die CDU fährt einen

Sturmangriff auf soziale Forderungen und will vor allem die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung verhindern.

Hubertus Pellengahr von der Arbeitgeberinitiative Neue soziale Marktwirtschaft hält sie gar für „leistungsfeindlich“. Das hat er über die Aktiengewinne der Familie Quandt noch nie geäußert! Die Ein-Mann-Show Christian Lindners (FDP) verlangt gar einen sofortigen „Ausgaben-Stopp“. Sigmar Gabriel (SPD) verlangt für Konzerne Steuersenkungen à la Trump in den USA (von 30 auf 15 Prozent), denn seit der Rot-Grünen Steuerreform im Jahr 2000 hätten die Unternehmer keine Geschenke mehr bekommen und seien nicht konkurrenzfähig.

Dieser üble Tobak lenkt von der massiven Steuerverschwendung bei der Gorch Fock, bei hohen Militärausgaben, bei Stuttgart 21 oder bei der gescheiterten Digitalisierung an Schulen im Ländle ab. Oder von den Niedriglöhnen im Paketdienst oder bei 3.800 Geringverdienern in Rottenburg. Die

DAX-Konzerne haben gerade Rekord-Dividenden von 53 Milliarden Euro gemacht. Und die sollen nicht investitionsfähig sein? Und unsere deutschen Milliardäre mit ihrer Parallelgesellschaft haben ihren privaten Goldschatz in zwei Jahren um 220 Tonnen auf 8.900 Tonnen vergrößert. Das Problem, was die regierenden Politiker haben, ist: Überall entwickeln sich große Bewegungen, teilweise auf europäischer Ebene, und stellen soziale Forderungen. So gegen Wuchermieten, gegen Armutslöhne und Renten, gegen den Pflegenotstand und die drastische Verschlechterung unserer Lebens- und Umweltbedingungen. Da könnten Verrückte glatt auf die Idee einer Millionärs- oder Vermögenssteuer kommen, damit all diese Probleme nicht mehr weiter verschleppt, sondern gelöst werden! **Das zu verhindern, ist der Kern der Schmierkomödie, die gerade in den Medien wabert!**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

»Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn«

Im Zusammenhang mit den irrationalen aber folgenschweren Rodungsarbeiten am Schänzle haben Verwaltung und Mehrheit des Gemeinderates nachdrücklich bewiesen, dass ihnen Naturschutz und Bewahrung der Schöpfung in letzter Konsequenz völlig piepe und egal sind.

Da haben zwar über 2000 Bürgerinnen und Bürger (AK Stadtbild) mit ihrer Unterschrift den Erhalt der kleinen städtischen Naturidylle nachdrücklich (mit zunächst schickem Fototermin beim OB) erbeten, doch dieses bürgernahe Ansinnen wurde mit Füßen getreten.



Fotos: N. Kern



dem weitere Umbaumaßnahmen und – abschnitte folgen sollen. Gekrönt werden soll die peinliche Groteske in Sachen Naturschutz mit einer hydraulischen Pumpstation, die Unterwasser zu

Oberwasser stemmen muss, um die fatale Höherlegung des „Neuen Mühlkanal“ dann ausgleichen zu können. Ein historischer Schwabenstreich ist das allemal, eine Ohrfeige für den gesunden Menschenverstand ohnehin.

Allerdings haben hochbezahlte Experten und Wissenschaftler angekündigt, dass sich in ein paar Jahrzehnten auch seltene Libellenpopulationen (in blauer Einfärbung) an dem neuen Kanal eventuell, vielleicht - ganz sicher ist das natürlich nicht – ansiedeln und dorthin verirren könnten. Nichts ist sicher. Sicher ist nur, was in einem berühmten Kinderbuch schon 1976 zu Papier gebracht wurde: *Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn.* Die Verwaltung Rottenburgs hat diese Botschaft in den letzten Jahren massiv verinnerlicht und macht ohne Not weiter so.

Mit der Diskussion um den Abriss, die Entkernung oder den radikalen Neubau des alten und immer noch repräsentativen Kreissparkassen-Gebäudes und Geburtshauses von Josef Eberle, Königstraße 18, ist weiterhin Gefahr in Verzug. Dabei muss man übrigens wissen, dass in diesem Fall die Stadtverwaltung heilfroh ist, nicht Eigentümerin des fraglichen Terrains und Gebäudes zu sein, weil der Bürgerzorn sich ansonsten allein auf die Stadtverwaltung richten könnte. Das muss diesmal die Kreissparkasse ziemlich einsam abfangen.

Was sich bislang an städtebaulichen Vorschlägen zu artikulieren scheint, verheißt aber wirklich nichts Gutes und dürfte allein den merkantilen Interessen des Eigentümers KSK geschuldet sein. Obwohl es einen *AK Stadtbild* immer noch gibt, wird dieser sicher wieder nach alter Methode (s. oben) mundtot gemacht.

Umso mehr ist jetzt die Bürgerschaft als Ganzes gefragt, um einen architektonischen Kahlschlag im Herzen Rottenburgs aufzuhalten oder doch wenigstens abzufedern.

Wenn es den Architekten nicht gelingen sollte, eine architektonische Spra-



che an der Königstraße 18 zu finden, die wenigstens in Ansätzen mit dem neuen Bischöflichen Ordinariat oder der Formensprache der Bibliothek korrespondiert, dann sollten diese Städtebauer an solch einem städtebaulich sensiblen Ort nicht zum Zuge kommen.

Wie gesagt: *Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn.* **Noch kann man sich wehren, aber es ist fünf vor zwölf.**



Dr. Christian Hörburger

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau

Und es ist immer das Gleiche: Sofern Fördergelder von Land, Kreis oder anderen Behörden zugesagt oder in Aussicht stehen, wird auf Teufel kommaraus gebaut und umgepflügt. Zunächst wird erkundet: Wo fließen Zuschüsse?, dann plant und verplant die Stadt in aller Regel dieses Zusagen, z.B. unter der schönen Überschrift (!) „Renaturierung des Neckars“. So auch geschehen im Projekt Schänzle, das sich mit einer künstlichen (!) Höherlegung des Mühlbachs und der „Offenlegung“ des Weggenbachtals schmücken will. Der erste Bauabschnitt ist allein mit rund 900.000 € beziffert,

Hohe Qualität des Rottenburger Trinkwassers erhalten

Nestlé's Wasserprivatisierung produziert Berge von Plastik

Kaufland, Aldi, Edeka – meterlange Regale in Rottenburgs Supermärkten voller Mineralwasser, meistens in Einwegflaschen aus Plastik. Wussten Sie, dass Pure Life, San Pellegrino, Vittel, Perrier, Poland Spring - all diese Marken Produkte eines Konzerns sind? Der Schweizer Konzern Nestlé ist unter diesen verschiedenen Namen Weltmarktführer für teures Mineralwasser.

Zudem ist er ein Lebensmittelmulti mit mehr als 2.000 Produkten wie Süßigkeiten, Babynahrung, Kaffee, Cornflakes, Fertiggerichten, Tierfutter und Eissorten wie Häagen-Dazs, Mövenpick, Schöller. Nestlé besitzt 461 Fabriken in 83 Ländern der Welt, in denen mehr als 330.000 Beschäftigte arbeiten. Allein mit Mineralwasser machte der Konzern 2012 einen Umsatz von neun Milliarden Franken.

Wer so eine beherrschende Marktstellung hat, will Regeln diktieren. So füllt Nestlé in der französischen Kleinstadt Vittel täglich zwei Millionen Liter Mineralwasser ab und schädigt Landwirtschaft und Bevölkerung. Denn der Grundwasserspiegel sinkt gefährlich. Zwei Drittel der Agrarflächen und das Wasserschutzgebiet mit seinen Quellen gehören Nestlé schon. Die Bauern mit ihrer Schafzucht sind gezwungen, das Wasser für ihre Tiere aus dem Nachbardorf zu holen. Für die Bevölkerung soll das Wasser über eine Pipeline aus 15 Kilometern Entfernung herangeführt werden. Denn Nestlé hat das Recht, eine Million Kubikmeter aus der „Bonne Source“ pro Jahr zu holen. 1.000 Beschäftigte arbeiten hier für den Konzern – das Mineralwasser wird nach Deutschland exportiert. Gegen die verheerende Grundwasserabsenkung wehren sich die Bewohner in der Bürgerinitiative „Collectif Eau 88“ und wollen jetzt den Konzern zwingen, auf ein Viertel des international bekannten Quellwassers aus 250 Metern Tiefe zu verzichten. Nestlé droht mit Entlassungen.

Der Mineralwasser-Boom

Bereits vor drei Jahren führte Solid-Rottenburg, Jugendorganisation der **LINKEN**, eine Veranstaltung im AWO-Heim zum Trink- und Mineralwasser

durch. Sabine Peisert, Florian Lany und Milan John erklärten den vielen Zuhörern: „Vor 50 Jahren trank jeder Deutsche 12 Liter Mineralwasser. 2015 waren es 143 Liter pro Kopf. Rund 500 Sorten werden hier angeboten. Allein in Deutschland wurde 11,1 Milliarden Liter abgefüllt, 75 Prozent in Plastikflaschen. Für einen Liter Mineralwasser zahlt man durchschnittlich zwischen 18 und 70 Cent, ein Liter Leitungswasser kostet 0,2 Cent.“ Zwei Liter Flüssigkeit sollte jeder Mensch pro Tag zu sich nehmen. Die Jahreskosten für Leitungswasser wären 1,46 Euro, die für Mineralwasser bis zu 511 Euro!

Woher also der Boom?

Uns wird eingeredet, Mineralwasser wäre wegen der vielen Mineralien besonders gesund. So wirbt zum Beispiel Gerolsteiner mit einem Calciumgehalt von 348mg/Liter in seinem Wasser, aber eine Scheibe Emmentaler enthält etwa 300 mg Calcium, ebenso ein Viertel Liter Milch. Leitungswasser in Deutschland ist das am besten kontrollierte Lebensmittel, denn die Trinkwasserverordnung ist strenger als bei Mineralwasser, so Heike Silber von der Verbraucherzentrale im März in Rottenburg. Aber Konzerne wie Nestlé wollen damit Milliarden Gewinne einstreichen.

Rottenburgs Trinkwassers

Wir bekommen unser Trinkwasser zu zwei Dritteln aus dem Wasserwerk Bronnbach und zu einem Drittel aus dem Wasserzweckverband Ammerbach-Schönbuchgruppe. Im Quelltopf der Stadtwerke Rottenburg (SWR) wird es gefiltert und mit Ozon desinfiziert. Dabei werden Viren und Bakterien abgetötet, bevor das Wasser über einen Sandfilter läuft und auf den Härtegrad 12,3 enthartet wird, um Maschinen und Geräte zu schonen. Regelmäßig wird der Nitratgehalt kontrolliert. Der Liter Trinkwasser kostet 0,23 Cent. Bereits

1953 hatte Rottenburg dank Peter Wagner die erste Ozonanlage Deutschlands – sie wurde weltweit kopiert!

Nestlé gegen Grundrecht auf Wasser

Die Waldbrände in Kalifornien wegen der ausgetrockneten Böden sind berüchtigt. Trotz vierjähriger Dürre füllte Nestlé im Sommer 2014 dort 2,7 Milliarden Liter Wasser in Flaschen für den Verkauf ab. Nicht anders in Äthiopien, dessen 8,2 Millionen Menschen seit 30 Jahren unter Wassermangel und Mangel an Lebensmitteln leiden. Denn ihr Grundwasserspiegel sinkt drastisch. In Algerien hat Nestlé die Wassernutzungsrechte aufgekauft und lässt seine Fabriken einzäunen und bewachen.

Ebenso in Pakistan und Südafrika. Der Dokumentarfilm „Bottled Life“ belegt anschaulich diese Machenschaften. Bis 2030 soll der weltweite Wasserverbrauch von aktuell 4.500 Mrd. Kubikmetern auf 6.900 Kubikmeter ansteigen und damit um 40 Prozent höher sein, als das nachhaltige

nutzbare Wasserangebot: Der Krieg um Wasser hat schon begonnen.

Die Privatisierung von Grundwasser ist Nestlé's milliardenreiches Geschäftsmodell. Denn Konzernchef Peter Brabeck-Letmathe erklärt offen, dass der Zugang zu Trinkwasser kein Menschenrecht wäre! Angesichts der starken Umweltzerstörungen und des Temperaturanstiegs weltweit wird der freie Zugang zu Trinkwasser zu einer Überlebensfrage und ist eng verbunden mit der immer größeren Bodenversiegelung. Denn sie verhindert, dass Regenwasser im Boden gespeichert und gereinigt wird. Deshalb hängen die Sicherung von Trinkwasser für jeden und der Widerstand gegen weitere Bodenversiegelung eng zusammen. **DIE LINKE** wird in Rottenburg gegen jegliche Privatisierung von Wassers und gegen die Plastikmüllberge Aktivitäten entwickeln.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



Erneute Erhöhung der Kita-Gebühren in Rottenburg

DIE LINKE fordert ein Moratorium

Am 4. Juni soll Rottenburgs Gemeinderat mal wieder die Gebühren für die städtischen Kitas erhöhen. Bei der letzten Erhöhung 2017 wurden die Elternbeiträge für die sechsstündige Regelbetreuung für Kinder über drei Jahren um knapp elf Prozent, für Kinder unter drei Jahren in einer altersgemischten Gruppe um 16,3 Prozent angehoben. Dieses Mal werden die Gebühren nicht für zwei Jahre neu festgelegt, sondern nur für ein Jahr.

Die Empfehlung des Landesrichtsatzes spricht von drei Prozent. Er wird von den Kommunalverbänden und den Kirchen festgelegt, ist aber nichts anderes als eine Empfehlung, an die sich die Kommunen nicht halten müssen. Das sieht man schon daran, dass der Landesrichtsatz einen Elternanteil von 20 Prozent vorsieht, der in Rottenburg wegen der Protestes vieler Eltern noch nie erreicht worden ist. 2017 lag er bei 15,7 Prozent! Aber die Verwaltung fordert die kirchlichen Kitas ebenfalls zur Erhöhung auf.

Ist die Erhöhung notwendig?

Für die Stadt bringen die drei Prozent Mehreinnahmen von zusammen 6.700 Euro und bei der Abmangel-Abrechnung der freien Träger noch einmal 16.000 Euro, so dass es sich eher um einen symbolischen Akt handelt. Er soll Stimmung gegen gebührenfreie Kitas schaffen und Macht demonstrieren, denn die Stadt braucht das Geld nicht dringend. Im Dezember hat sie bei den Haushaltsberatungen abgelehnt, dass Rottenburg den Gewer-

besteuerbesatz auf das Niveau der umliegenden Städte anhebt und dadurch jährlich 800.000 Euro mehr einnimmt. In Horb beträgt er 370 Punkte, in Herrenberg, Reutlingen und Tübingen jeweils 380 Punkt, in Nagold sogar 390 Punkte, in Rottenburg seit 1994 unverändert nur 350 Punkte. Deshalb ist Protest angesagt: Wie will die Stadt jetzt jungen Eltern in der wichtigen Phase der Familiengründung erklären, dass sie für Mehreinnahmen der Stadt zahlen sollen? Verglichen mit den Gebühren von 2013/14 ist die Regelbetreuung für Überdreijährige von 94 auf 128 Euro (plus 36 Prozent), für Unterdreijährige in altersgemischten Gruppen in der Regelbetreuung von 150 auf 256 Euro (plus 70 Prozent) gestiegen! Sind die Löhne der Eltern in dieser Zeit auch so gestiegen?

Für Gebührenfreiheit eintreten

Neben dem finanziellen gibt es ein grundsätzliches Argument. Wir befinden mitten in einer wichtigen gesellschaftspolitischen Diskussion über gebührenfreie Kitas. In Deutschland haben fünf Bundesländer Gebührenfreiheit für Kitas, in Baden-Württemberg fünf Städte, darunter Mannheim, Heilbronn und Künzelsau. Der 2011 eingeführte Orientierungsplan für Kinderbetreuung in Baden-Württemberg bezeichnet die Kitas als

Bildungseinrichtungen. Damit ist klar: Das Grundrecht auf Bildung muss von der Kita an gebührenfrei sein, wir wollen ja auch keine Wiedereinführung des Schulgelds! Wer für Kitas Gebühren erhebt, macht Chancengleichheit und gebührenfreie Bildung nicht nur von der sozialen Herkunft, sondern zusätzlich davon abhängig, in welcher Stadt die Eltern mit ihrem Kind zufällig wohnen. Aber Kretschmann (Grüne) und CDU wollen Gebührenfreiheit mit allen Mitteln verhindern! Aktuell wird in Baden-Württemberg ein Volksentscheid für gebührenfreie Kitas vorbereitet, der von mehreren Part-

einen, den Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden unterstützt wird. Außerdem haben wir das Gute-Kita-Gesetz, dass den Bundesländern Milliarden für gute Qualität UND Gebührenfreiheit ermöglicht.

Wie bei den letzten Gebührenerhöhungen wird **DIE LINKE** im Gemeinderat (wahrscheinlich wieder als einzige trotz aller Wahlversprechen der anderen Fraktionen) gegen die Gebührenerhöhung stimmen. Und:

Wir wollen ein Moratorium für die Kita-Gebühren mindestens solange, bis das Gerichtsurteil über die Zulässigkeit des Volksentscheids gefallen ist.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



STICHTAG 26. Mai

SIE HABEN DIE WAHL.

Kommunalwahlen und Europawahl
in Baden-Württemberg

„Wer rechts
verhindern will, muss
links wählen!“

Je stärker

DIE LINKE.

desto sozialer Rottenburg und Europa!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Ja, wo stehen sie denn, wenn nicht Wahlen bevorstehen? Oder: Etikettenschwindel ist auch Schwindel

Was ist los? Wer an den letzten Samstagen an Marktplatz und Metzelpplatz vorbeiging, dem musste auffallen, dass neben den üblichen Marktständen auffallend viele Anbieter - sage ich mal - politische Information feilboten. Weshalb stehen sie da? Woher der Aktionismus? Ganz einfach: Wahlen stehen vor der Tür! Man möchte gesehen werden, sein Angebot feilbieten und um Wählerstimmen buhlen.

Gerade uns **LINKE**n fällt dieser Auftrieb besonders auf, denn seit Jahren stellen wir uns regelmäßig - mit ganz wenigen Ausnahmen - am Metzelpplatz und vor der Zehntscheuer am letzten Samstag des Monats zum offenen Gespräch mit unseren Mitbürgern, um Anregungen zu bekommen und auch um kritisiert zu werden. Das versteht **DIE LINKE** unter Bürgernähe. Unser regelmäßig verteiltes „Blättle“ - Neues aus dem Neckartal -

ist ein weiteres Beispiel für diese Nähe zu unseren Mitbürgern.

Wir stehen meist alleine. Warum wohl? Ich nehme an, dass in der Zeit zwischen den Wahlen, das Warenangebot der Mitanbieter nicht allzu frisch ist. Und sie sich der Konkurrenz nicht stellen möchten. Ladenhüter verkaufen sich einfach schlecht.

Auch das Angebot zu Wahlzeiten ist oft ein Etikettenschwindel. Da wird z. B. von gutem Wohnen gefaselt, von Rottenburg als attraktiver Wohnstadt mit innovativen Wohnprojekten und dass bezahlbarer Wohnraum ein Grundbedürfnis sei und oberste Priorität habe (SPD). Natürlich ohne daraufhin zu weisen, dass bei den letzten Haus-

Antrag der **LINKE**n zur Erhöhung der städtischen Gelder für die WBR (Wohnbau Rottenburg) abgelehnt wurde.



Immer zur Stelle und ansprechbar

Im Übrigen fällt auf, dass viele der Kandidaten bereits in der Vergangenheit im Gemeinderat saßen und jetzt Ziele auftau-

chen, deren Erreichen schon längst hätte geschafft sein können, wenn man nur hätte wollen. Versagen in der Vergangenheit lässt wenig für die Zukunft hoffen. Warum sollte der, der in der Vergangenheit nicht liefern wollte oder konnte, morgen ein frisches Produkt liefern können? Oder anders gesagt: Warum sollen alte Ideen aus alten Schläuchen in Zukunft besser schmecken?

Sollte Sie beim Anblick der vielen KandidatInnen auf den Wahllisten ein Schwindelgefühl überfallen, dann machen Sie es sich einfach. **Nehmen sie nur den „Wahlvorschlag DIE LINKE“ und geben ihn ab. Wahl ohne Qual!**

Norbert Kern, Wendelsheim



DIE LINKE. Neues aus dem Neckartal

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpplatz

Samstag, 25. Mai 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 29. Mai 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpplatz

Samstag, 29. Juni 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 3. Juli 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe: Montag, 13. Mai 2019

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg

Eichendorffstr. 49

